



AfD

Tel.: 0179 323 81 46

Journal

Frankfurt (Oder)

Inhaltsverzeichnis Ausgabe 6:

Seite 1 - Wir sind die Patrone!	Seite 7 - Angst vor
Seite 2 - Abgesagt	demokratischen Wandel
Seite 3 - Mitgliedsantrag	Seite 9 - Alle Jahre wieder
Seite 4 - Stadtpolizei	Seite 10 - Planung Technisches Rathaus
Seite 5 - Arcelor Mittal	Seite 12 - Das Letzte
Seite 6 - Große Persönlichkeiten	Diffamierung Grundgesetz

Wir sind die letzte Patrone ...

Die AfD ist die letzte Patrone im Lauf der Demokratie! Jeder Bürger sollte über folgende Tatsachen ins Grübeln kommen: Kennen Sie eine westliche Demokratie, wo die Regierung gegen die Opposition demonstriert und sogar über ein Verbot öffentlich diskutiert? Kennen Sie eine westliche Demokratie, wo der Inlandsgeheimdienst (eigentlich Verfassungsschutz) die Opposition beobachtet? Die Leiter vom Bundesamt für Verfassungsschutz als auch die Landesämter werden von Parteimitgliedern der sog. demokratischen Parteien geführt. Wo ist da die Unabhängigkeit?

Deutschland soll vernichtet werden. Deutschland liefert Waffen, bildet Ukrainer an deutschen Waffen aus. Deutsche Waffen töten Russen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Deutschland befindet sich de facto im Krieg gegen Russland. Deutschland verliert Milliarden Euro an Wohlstand monatlich. In Deutschland hat sich eine Spirale von Abwanderungen von Unternehmen ins Ausland mit einer immer schneller werdenden Rotation in Gang gesetzt. Die Bürger werden durch unsinnige Gesetze (z. B. „Heizungsgesetz“) und einer inkompetenten grünen

Wirtschaftspolitik systematisch enteignet. Der wirtschaftliche Niedergang ist mit den sog. Demokraten nicht aufzuhalten. Die ziehen das gnadenlos durch. Damit es nicht so auffällt, organisiert man eben Demonstrationen gegen „Rechts“! Das sind reine Ablenkungsmanöver.

Deutschland soll auch bevölkerungsmäßig umgestaltet/transformiert werden: Bevölkerungsaustausch? Was sagte noch die Grüne Göring-Eckardt 2015 im Deutschen Bundestag: *"Dieses Land wird sich ziemlich drastisch verändern. Es wird ein schwerer Weg sein, aber dann glaube ich, können wir wirklich ein besseres Land sein. ..."* Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Seit 1990 sind mehr als 6 Mio. Ausländer meistens mit geringer Qualifikation nach Deutschland illegal über die durch die Regierung aufgegebenen nicht mehr kontrollierten Bundesgrenzen eingewandert – deshalb haben wir immer noch einen Fachkräftemangel? Fachkräfte kommen nicht, weil die Steuern und Abgaben viel zu hoch sind. Mittlerweile wanderten 83.000 Deutsche letztes Jahr aus (ein Jahr davor waren es noch 64.000). Alles hochqualifizierte Personen, die nicht mehr mit den Zuständen hier

einverstanden sind. In den Neunzigerjahren kamen noch mehr als 100.000 Deutschstämmige im Durchschnitt jährlich aus Osteuropa. Die Geburtenraten sinken immer weiter. Letztes Jahr wurden nur noch 738.000 Kinder geboren. Im Westen 7,1 % und im Osten 9 % weniger Geburten als ein Jahr davor (um 1960 kamen noch über 1,2 Mio. Kinder in Deutschland zur Welt). Die Zahl der Totgeburten ist im letzten Jahr auf 4,3 tote Säuglinge pro 1.000 Geburten gestiegen. Zum Vergleich in den Niederlanden sterben „nur“ 2,8 Kinder pro 1.000 Geburten. Eine Willkommenskultur für Kinder sieht anders aus. Willkommenskultur für Flüchtlinge mit über 50.000.000.000 (50 Milliarden) Euro Kosten pro Jahr sind der



Foto: Wilko Möller

reinste Wahnsinn. Besonders beunruhigend ist die Zahl der Sterbefälle in Deutschland. Aktuell sterben jährlich 1.043.000 Einwohner in Deutschland. Das sind so viele wie noch nie. Die Sterberate lag bisher immer zwischen 850.000 bis 920.000. An der Zuwanderung kann das nicht liegen, das sind eher junge Männer. Diese Zahlen können sie über das Statistische Bundesamt in Wiesbaden nachlesen.

Argumente ziehen nicht mehr. Sie werden durch die sog. links-rot-schwarz-gelben Demokraten mit nachrichtendienstlichen Mitteln bekämpft.

Narrative aus dem Dritten Reich werden gezielt gegen die Opposition eingesetzt, um die Bürger auf Linie zu bringen. Der Wannseekonferenz-Vergleich ist ein neuer Tiefpunkt und zeigt, dass es bei den sog. Demokraten keine Brandmauern mehr gibt. Der CDU-Kreisvorsitzende Möckel aus Frankfurt (Oder) hatte vor kurzer Zeit die AfD-Funktionäre schon als Rattenfänger betitelt. Ergo: AfD-Wähler sind Ratten. Wähler werden entmenschlicht. Wann darf man Ratten töten? Wie war das mit der Würde des Menschen ist unantastbar (Artikel 1 Abs. 1 GG)? Stramm - mit betreutem Denken - in den Untergang! Wer weiß, wie lange die Russen

die westlichen Provokationen mit Geld, Waffen und Ausbildung von ukrainischen Soldaten noch mitmachen. Die Ukraine beklagt inzwischen 400.000 bis 500.000 tote Soldaten. Da wird eine ganze Generation ausgelöscht mit unseren Waffen. Friedensverhandlungen sind nicht gewünscht. Mit China an der Seite der Russen ist ein Dritter Weltkrieg noch nicht mal im Kalten Krieg so wahrscheinlich wie jetzt gewesen. Nur: Wir haben keine Armee und keine Schutzräume für die Bevölkerung. Wir werden von Wahnsinnigen regiert, die in diesem Jahr abgewählt werden müssen - sonst holt uns der Teufel!

Abgesagt ...

Herr Christian Gehlsen (sehr bekannter linker ehemaliger Bürgerrechtler) wollte mit seinem Freund - einem gelegentlich für die MOZ (ehemaliges SED-Bezirkszentralorgan) arbeitenden Journalisten - und mit unserem direkt gewählten Landtagsabgeordneten Wilko Möller einen Diskussionsabend durchführen. Das Thema sollte das Einreißen von Brandmauern umfassen. Der Raum und die Werbung waren schon organisiert. Doch plötzlich bekam der freie Journalist kalte Füße und sagte ab.

Auch Herr Gehlsen, der doch immer von Kommunikation und Meinungsfreiheit fabulierte, wollte plötzlich nicht mehr. Wir gehen davon aus, dass das sog. Geheimtreffen und die von dem selbst

ernannten Experten CORRECTIV daran Schuld waren. Der öffentlichen Hetze gegen die AfD haben die Protagonisten ohne Rückgrat nichts entgegensetzen gehabt und sich von Narrativen wie Wannseekonferenz beeinflussen lassen. Wir nennen das Verharmlosung des Nationalsozialismus. Diesen links-grün-schwarz-roten Moralisten ist jedes Mittel willkommen. Da darf man schon mal die Nationalsozialisten bemühen.

Nicht wir wollten das Projekt umsetzen, sondern der MOZ-Journalist und Herr Gehlsen. Es ging ihnen gar nicht schnell genug, einen Termin zu finden. Auf Einladung des Herrn Gehlsen wurde sogar eine Vorbesprechung mit unserem Land-

tagsabgeordneten anberaumt, um die Fragen zu besprechen, die bei dem offiziellen Treffen dann abgearbeitet werden sollten.

Peinlich, wenn man kneift und sich keiner Argumentation stellt. Schlimmer noch, sogar die AWO, Kreisverband FF e.V. machte Druck und verbat sich die Angabe der Adresse auf der Werbung für die Veranstaltung. Wie nennt man so etwas? Bestimmt nicht mehr Meinungsfreiheit.

Deutschland braucht Helden, hier Mitglied werden!

Aufnahmeantrag für Neumitglieder

www.afd.de/aufnahmeantrag



Ich beantrage die Aufnahme als Mitglied in die Alternative für Deutschland (AfD).

Ich erkenne die politischen Grundsätze und die Satzung der Partei an (www.afd.de/satzung). Zu den politischen Grundsätzen der Partei zählen insbesondere das Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat sowie die Bejahung der Grundrechte (www.afd.de/grundsatzprogramm). Für die Aufnahme in die AfD sind die Regelungen der Bundessatzung maßgebend.

Akad.Titel:* _____ w. m. Nachname: _____
 Vorname: _____ geboren am: _____
 Straße, Nr.: _____ PLZ, Wohnort: _____
 Staat: _____ Staatsangehörigkeit: _____
 Bundesland: _____ Kreis/Bezirk: _____
 Telefon:* _____ Mobil:* _____
 E-Mail: _____ Beruf/Tätigkeit:* _____

Haben Sie schon einmal einen Aufnahmeantrag gestellt? Ja, im Landesverband _____ Nein

Frühere und gegenwärtige Mitgliedschaften in Parteien und sonstigen politischen Gruppierungen

Bitte nennen Sie alle Mitgliedschaften in einer Partei und/oder einer sonstigen politischen Gruppierung (von - bis in Jahreszahlen):

Hinweis: Personen, die Mitglied einer extremistischen Organisation sind, können nicht Mitglied der AfD sein. Als extremistisch gelten insbesondere solche Organisationen, welche in einer vom Bundesvorstand beschlossenen Unvereinbarkeitsliste aufgeführt sind (www.afd.de/unvereinbar). Mit meiner Unterschrift bestätige ich, die Unvereinbarkeitsliste zur Kenntnis genommen zu haben.

Mitgliedsbeitrag

Der Mindestmitgliedsbeitrag beträgt 120 Euro pro Kalenderjahr. In besonderen sozialen Härtefällen kann eine Reduzierung des Mindestmitgliedsbeitrages beantragt und vom zuständigen Kreisvorsitzenden sowie Kreisschatzmeister bewilligt werden. Die Partei empfiehlt ihren Mitgliedern, den tatsächlichen Mitgliedsbeitrag den eigenen Einkommensverhältnissen entsprechend höher als den Mindestbeitrag anzusetzen (Richtwert für den Monatsbeitrag: 1% des monatlichen Nettoeinkommens).

Ich zahle einen Jahresbeitrag von _____ EUR. Als (freiwillige) Aufnahmespende zahle ich _____ EUR*.

Ich wähle die folgende Zahlungsweise: jährlich (ab 120 EUR/Jahr) vierteljährlich (ab 30 EUR/Quartal) monatlich (ab 10 EUR/Monat)

Hinweis: Zuwendungen an Parteien (Spenden und Mitgliedsbeiträge) sind steuerlich begünstigt (§ 34g EStG).

Bitte senden Sie Ihren Antrag entweder an die für Sie zuständige Landesgeschäftsstelle (www.afd.de/partei/landesverbaende) oder an die Bundesgeschäftsstelle, Eichhorster Weg 80, 13435 Berlin (E-Mail: mitglieder@afd.de). Vor der Aufnahmeentscheidung wird vom aufnehmenden Verband ein persönliches Gespräch mit Ihnen geführt, bei dem die Beteiligten anwesend sein müssen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des Kreisverbands, in dem Sie Ihren Hauptwohnsitz haben (in den Landesverbänden Berlin und Hamburg stehen Bezirks- anstelle der Kreisverbände); die Landessatzungen können die zuständige Gliederungsebene abweichend regeln. Stimmt der Vorstand des für Sie zuständigen Gebietsverbands dem Aufnahmeantrag zu, teilt er dies den übergeordneten Gebietsverbänden und der Bundespartei mit. Diese können binnen eines Monats der Aufnahme widersprechen. Ist nach Ablauf eines Monats bei der Bundesgeschäftsstelle kein Widerspruch eingegangen, wird Ihnen sowie dem aufnehmenden Gebietsverband die Aufnahme bestätigt. Die Mitgliedschaft beginnt unabhängig vom tatsächlichen Zugang der Annahmeerklärung am fünften auf die Versendung der Annahmeerklärung folgenden Tag.

Ich versichere, dass alle von mir gemachten Angaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

Ort, Datum:

Unterschrift des Antragstellers:

SEPA-Lastschriftmandat*

Ich ermächtige die Alternative für Deutschland (AfD), die zu entrichtenden Beiträge und ggfs. die einmalige Aufnahmespende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Bankinstitut an, die von der AfD auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Bankinstitut vereinbarten Bedingungen. (Gläubiger-ID und Mandatsreferenz werden separat mitgeteilt)

Kontoinhaber: _____ Bankinstitut: _____
 Straße, Nr.: _____ IBAN: _____
 PLZ, Wohnort: _____ BIC: _____
 Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

Ihre hier angegebenen Daten werden zum Zwecke der Parteiarbeit erhoben, verwaltet und verwendet – weshalb keine Einwilligungserklärung erforderlich ist. Unsere Datenschutzhinweise finden Sie unter www.afd.de/datenschutz-mitglieder. Auf Anfrage erhalten Sie ein gedrucktes Exemplar.

Stand: 19.06.2022 (*freiwillige Angabe)

– Dieses Formular als PDF-Datei sowie unsere anderen Formulare finden Sie unter www.afd.de/aufnahme –

Stadtpolizei Frankfurt (Oder):

Mitte Dezember brachte unser Landtagsabgeordneter Wilko Möller den Antrag im Landtag ein, dass Frankfurt (Oder) zur Modellregion für den Aufbau einer sog. Stadtpolizei durch die Landesregierung ausgewählt wird.

Dabei sollte der Außendienst des Ordnungsamtes zu Stadtpolizisten aufgewertet werden. Eine Grundausbildung von 2 Jahren mit polizeilichen Inhalten an der Polizeischule des Landes Brandenburg soll aus den Außendienstmitarbeitern eine hochqualifizierte Ergänzung zur Polizei bilden. Dabei sollen die ausgebildeten Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamtes einen anerkannten Berufsabschluss erhalten. Derzeit verfügen die Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamtes über keinen ihrer Tätigkeit entsprechenden anerkannten Berufsabschluss. Die neu ausgebildeten „Stadtpolizisten“ sollen auch mit Polizeiuniformen, Polizeieinsatzfahrzeugen, Digitalfunk und Waffen ausgerüstet werden. Das Führen von Schusswaffen bleibt aber nur der Landespolizei vorbehalten. Als absolute Notwehrwaffe erhalten die sog. Stadtpolizisten neben Schlagstock, Reizstoffsprühgerät auch ein Elektroimpulsgerät, um ggf. aggressive Angreifer kampfunfähig zu machen.

Der Antrag wurde erwartungsgemäß im Landtag abgelehnt, nicht einmal eine Verweisung in den In-

nenenausschuss fand statt. Die rot-schwarz-grüne Landesregierung sagt immer nein, hat aber keine Alternativen anzubieten.

Hintergrund:

Die Landesregierung hat es nicht geschafft, 8.500 Polizeibeamte in dieser Legislaturperiode aufzustellen. Es fehlen immer noch mehrere hundert Polizeivollzugsbeamte. Durch falsche Politik ist die Polizei im Land Brandenburg unterbesetzt. Diese Situation wird sich auch in den nächsten Jahren nicht ändern. Denn es werden eher bis zu 9.500 Beamte benötigt, um den steigenden Anforderungen, wie Zuwanderung in die Sozialsysteme und mehr Kriminalität aus dem Raum Berlin begegnen zu können. Außerdem

gibt es signifikante Hinweise, dass durch mangelnde kriminalpolizeiliche Arbeit aus Kostengründen die Strafverfolgung immer weiter zurückgefahren wird. Selbst Staatsanwälte behaupten, dass sie angewiesen sind mehr Strafverfahren einzustellen. Infolgedessen wollen wir zumindest die Lücke bei den uniformierten Polizisten mit der Ausbildung der Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamtes zu sog. Stadtpolizisten schließen. Frankfurt(Oder)soll dabei als Modellregion fungieren. Das Thema Stadtpolizei wird auf Betreiben unseres Landtagsabgeordneten Wilko Möller auch in das AfD-Landtagswahlprogramm 2024 aufgenommen.



Polizeibeamte (Foto: fotolia)

Arcelor Mittal gegen *rääääähhhhhchts*

Die MOZ titelte im Kommunalteil, Seite 17, vom 29.12.2023, dass der Stahlverband die AfD als Bedrohung ansehe. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

Der amtierende Vorsitzende von Arcelor Mittal, zu dem auch das EKO in Eisenhüttenstadt gehört, hat sich zum Jahresende zu einer Hetze gegen die AfD hinreißen lassen. In einem Tweet bezüglich des Ausfalls des BDI-Vorsitzenden zur AfD schrieb er: *„Danke an den Präsidenten des BDI für diese klare Kante gegen rechts“, die wir ... zu 100% unterstützen.“*

Der BDI-Präsident Siegfried Russwurm postete auf X: *„Die AfD ist schädlich für die Zukunft von uns allen – für die Wirtschaft, für unser Ansehen und unseren Erfolg in der Welt ...“* Weiter führte er aus: *„Es ist an der Zeit, uns den*

Aussagen der AfD öffentlich entgegenzustellen.“

Dazu kommentiert der AfD-Stadtverband:

Diesen beiden oben genannten Vertretern steht es nicht zu, sich als Funktionsträger derart negativ über eine demokratisch legitimierte Partei, die allein vom Souverän, den deutschen Wählern, in die Parlamente auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene entsandt wurde, zu äußern. Die AfD ist die einzige Partei, die noch konsequent für die Bürger Politik macht.

Was haben diese beiden Vertreter der deutschen Industrie bisher zu der katastrophalen Verschlechterung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen durch die Ampel- resp. Merkel-

CDU-Regierung gesagt?

Die mittlerweile grassierende Inflation, der exorbitante Anstieg der Energiepreise durch eine verheerende, ideologisch dominierte Dekarbonisierungs-, Anti-kernkraft- und Außenhandelspolitik, die seit Jahren sträflich vernachlässigte Infrastruktur und letztlich auch Bildungspolitik haben die wirtschaftliche Stärke Deutschlands massiv geschadet. Wie soll der Stahl in Eisenhüttenstadt unter diesen Bedingungen produziert werden? Die Transformation zum Grünen Wasserstoff als Energiequelle wird nicht funktionieren. Die dafür erforderlichen Steuermilliarden sind nicht da. Doch dazu äußern sich diese Herren Wirtschaftsvertreter natürlich nicht. Wieso auch?

Ausbaden muss es neben den arbeitenden Bürgern auch der deutsche Mittelstand, der ca. 70% unserer Wirtschaftskraft schultert. Die Vertreter der Großindustrie lassen sich auf deren Kosten Vergünstigungen bei den Energiepreisen und satte Beihilfen von der Politik gewähren, die aber aufgrund des Bundesverfassungsgerichts auf der Kippe stehen. Durch Steuererhöhungen werden nun die Bürger und der Mittelstand weiter ausgepresst. Es gibt schon Gerüchte, dass der Standort Eisenhüttenstadt in Gefahr ist, wenn die Subventionen zum Grünen Wasserstoff nicht fließen. Wo bleiben da die Stellungnahmen der o. g. Funktionäre?



Arcelor Mittal (Foto: fotolia)

Große Persönlichkeiten der Zeitgeschichte

Heute ist es selbstverständlich, über Deutschlands Vergangenheit schlecht und negativ zu berichten. Mit Halbwissen und gefälligen Gutachten macht ein schlechter Zeitgeist für Politiker Karriere.

Aber Frankfurt (Oder) hat hier ein ebenso stolzes und schönes Bild, wie es bei Kleist zu finden ist. Dabei handelt es sich um Hermann von Wissmann, der eine der zentralen Persönlichkeiten der deutschen Kolonialvergangenheit ist. Er wurde am 04. September 1853 in Frankfurt (Oder) geboren.

Wissmann war international als renommiertes Forschungsreisender anerkannt und wurde als Deutschlands größter Afrikaner geehrt. Im Jahre 1881 gelang ihm als ersten Europäer die Durchquerung Zentralafrikas, von West nach Ost, was bis dahin als undurchführbar galt. Für die Bewohner im kongolesischen Gebiet war er ein eingeladener Gast und Bruder und wird dort auch heute noch positiv bewertet.

In einer verlogenen Art sind Politiker und deren willfährige Journalisten bis heute bemüht, die Wahrheit in einer verfälschten Sprache umzudeuten. Deshalb wird von Wissmann von ihnen offiziell nur abschätzig als „Abenteurer“ bezeichnet.

1887 wurde von Wissmann vom Reichskanzler Bismarck zum Reichskommissar von Deutsch-

Ostafrika ernannt. Kurz darauf erfolgte unter von Wissmanns Führung bis 1898 die Erforschung einer der brutalsten und schlimmsten Tropenkrankheiten, der Schlafkrankheit. Durch die späteren Massenimpfungen der Bevölkerung durch die Kolonialverwaltung konnten Millionen von Menschenleben in Afrika gerettet werden. Für diese enorme Leistung ließen viele deutsche Ärzte und Medizinforscher in Afrika ihr Leben.

Als Gouverneur Deutsch-Ostafrikas 1895/96 befeuerte er die Verbreitung der vom Missionar Ludwig Krapf bereits 1844-50 kreierte neue Suaheli-Sprache als führende Bantusprache in Ostafrika. Der Aufbau eines flächendeckenden Schulsystems für die einheimische Bevölkerung und die Einführung der lateinischen Buchstaben ließen nun eine Verschriftlichung zu und ebneten einen breiten Alphabetisierungsweg.

Noch verlogener als die Bezeichnung „Abenteurer“, ist der folgende Sachverhalt: In Ostafrika hatten sich vor der deutschen Kolonialzeit Araberstämme an der Küste angesiedelt. Diese betrieben Jahrhunderte einen abscheulichen Sklavenhandel, bei dem sie die ansässige Bevölkerung unterjochten. Nachdem Hermann von Wissmann ein Verbot durchsetzte, kam es zum sog. Araber-Aufstand, der mit einer Niederlage der arabischen Sklavenhändler endete. Daraus machten linke Kräfte, dass

angeblich Einheimische durch deutsche Kolonialtruppen umgebracht wurden.

Fast möchte ich mich weigern, der heutigen Politik auch noch das 3. Lügengebäude aufzuzeigen: 1905 wurde ein Aufstand von Einheimischen niedergeschlagen. Hier soll Herman von Wissmann die Hauptschuld tragen, aber da war er bereits verstorben.

An seinem Begräbnis nahmen über Zehntausend Menschen teil. Nur der Kaiser wollte ihn nicht persönlich ehren, da er ihm die Nähe zu Bismarck übel nahm. Ich möchte einen Menschen ehren, der gegen die Sklaverei gekämpft hat.

Die USA haben sich hier mehr als schuldig gemacht und hier sollte etwas mehr Kritik geübt werden.

Das Haus unseres großen Frankfurters, in dem er geboren wurde steht in der Lindenstraße und bis in die 1950er Jahre trug die heutige Käthe-Kollwitz-Straße seinen Namen: Wissmannstraße.

Jürgen Fritsch



Foto: Wilko Möller

Die Angst vor einem demokratischen Wandel – widerwärtige Hass- und Hetzkampagne der Altparteien-Mischpoke

Das linksaußen operierende sogenannte „Rechercheteam Correctiv“ aus einem Privattreffen hat vor einigen Wochen bei Potsdam mit ganz verschiedenen Teilnehmern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und weiteren, darunter auch 5 CDU-Mitglieder, ein „Geheimtreffen“ konstruiert, bei dem angeblich über „Deportationen von Millionen Staatsbürgern und Migranten“ debattiert wurde. Dieses sogenannte Recherche-Team bediente sich dabei besser Stasi-Methoden unter klarer Missachtung des Datenschutzes und der Persönlichkeitsrechte der Teilnehmer, mit denen die Anwesenden ausgespäht, denunziert und diffamiert wurden. Hierbei wurde der Tagungsort verwandt und unerlaubt Personen nach Gutdünken fotografiert und öffentlich gemacht. Die Bespitzelung war derartig professionell und konspirativ durchgezogen worden, dass der Verdacht des Involvierens des Verfassungsschutzes nahe liegt. Das entsprechende Bundesamt hat jedoch bereits jetzt schon verlauten lassen, dass keine verfassungswidrigen Aussagen festgestellt werden konnten! Muss Herr Haldenwang nun fürchten, wie einst Herr Maaßen, entlassen und kaltgestellt zu werden? Schließlich bedient sich die vereinte Altparteien-Mischpoke für ihre Hass- und Hetzkampagne weiterhin dieser nun offensichtlichen



Lüge. Erinnerungen an die Polit- und Medien-Lüge von angeblichen Hetzjagden in Chemnitz am 1. September 2018 werden wieder wach.

Zu den widerlichsten Lügen gehören die Unterstellungen, es sei über „Deportationen“ gesprochen worden, obwohl kein einziges Mal dieser Terminus je erwähnt wurde! Noch niederträchtiger und schon rechtlich fragwürdig ist der Vergleich mit der Wannsee-Konferenz 1942. Hiermit wird ganz deutlich der Holocaust als größtes Verbrechen relativiert und in seiner historischen Einzigartigkeit infrage gestellt!

Doch am auffälligsten ist das Einpeitschen der aufgestachelten willfährigen Demo-Mitläufer gegen die AfD. Dabei entblödet sich dieser Mob nicht, die eigene Lüge bzw. unheimliche Naivität, offen jedem denkfähigen Bürger dieses Landes darzulegen! Im

Übrigen muss die Frage gestattet sein, ob die „Geheimkonferenz“ nicht letztendlich von vornherein eine CDU-Veranstaltung oder gar eine daneben gelaufene Aktion des Verfassungsschutzes war? Und wieso geheim, wenn dazu eingeladen wurde und keinerlei Vorhänge zugezogen waren?

All diese Fakten und das verkrampte Festhalten an der Verschwörungstheorie einer „Geheimkonferenz“ deuten schon jetzt daraufhin, dass dies der wohl größte Rohrkrepierer der Altparteien-Hetze und ihrer untergebenen System-Journaille wird.

Es ist zudem evident, dass niemand ein Verbot der CDU fordert. Schließlich waren mehr Mitglieder dieser Partei dabei als andere. Auch die weiteren Teilnehmer finden beinahe gar keine Erwäh-

nung. Warum wohl? Weil selbst der Verfassungsschutz nichts verfassungswidriges gefunden hat?

Doch damit entlarvt sich das ganze wie von selbst als eine reine Hetzkampagne gegen die einzig verbliebene Opposition im Lande – die AfD. Wie bereits in allen früheren Versuchen, der AfD verfassungsfeindliche Gesinnungen zu unterstellen, ist auch diesmal an verwertbaren Aussagen nichts dabei. Also wird munter gelogen und „geschwurbelt“, unterstellt und diffamiert. Das reicht dann schon mal zu Parolen wie „AfDler töten“ und „Rechte deportieren“, und gipfelt, wie zur Bundestagswahl 2021, zu einem Mordaufruf an 53 Politiker der AfD durch die ANTIFA. Konsequenzen für die Täter oder Distanzierungen aus den Altparteien sucht man vergebens.

Das zeigt, wie verroht und völlig verkommen inzwischen die selbsternannten „demokratischen Parteien“ und ihre Erfüllungsgehilfen sind. In unserer Stadt wollten die üblichen Verdächtigen Jan Augustyniak, der OB René Wilke und seine sonstige Entourage natürlich nicht nachstehen und veranstalteten eine peinlich choreographierte Demo. Dass diese am Bahnhof begann, war wohl den Anreisenden geschuldet, die den Haufen voll machen sollten. Weitere Teilnehmer wurden im Bereich der Asyl-/Sozialindustrie gefunden. Frankfurt ist zudem ein Zentrum der öffentlich Bediensteten, also abhängig Beschäftigte. Da kann

man sich den Rest zusammenreimen. Vieles erinnert hier an Massenveranstaltungen in der DDR. Dass die Teilnehmerzahl aber dann auch noch künstlich aufgeblasen werden musste, gibt einem zu denken.

Interessant in diesem Zusammenhang ist die Rolle des OB. Im Herbst letzten Jahres wurde er von eben jenem „Correctiv“-Haufen der möglichen Annahme von Schmiergeldern bezichtigt. Damals hat sich gerade auch die AfD vor den OB gestellt und die Behauptungen entkräftet. Doch wenn René Wilke nun „Correctiv“ so viel Glauben schenkt, war dann vielleicht doch etwas an den Beschuldigungen wahr? Oder kommt dem OB jetzt nur das Lügenkonstrukt zupasse in Hinblick auf Kommunal- und Landtags-

wahlen? Und wie rechtfertigt der OB, dass er unverhohlen neben und hinter ANTIFA-Fahnen herging, die anderenorts zum Mord an AfD-Anhänger aufriefen? Distanziert er sich deutlich davon oder etwa nicht?

Desweiteren ist die Rolle der Frankfurter CDU näher zu betrachten. Diese rief ebenso zur Demo auf, um „gegen die Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung Flagge zu zeigen“. Will die CDU jetzt etwa gegen sich selbst demonstrieren, zumal ihr in Frankfurt in Teilen eine Nähe zur Werteunion nachgesagt wird? Wir werden sehen, aber schon jetzt ist klar, es wird keinerlei Antworten, sondern nur unsachliche Pöbeleien mit verbalem Dreck geben – sie bleiben sich halt treu!



Wir werden immer Hammer und nie Amboss sein!

(Foto: Wilko Möller)

Alle Jahre wieder: saftige Mehrausgaben der Stadt Frankfurt für Migranten und Flüchtlinge

Es ist mittlerweile schon zu einem unerfreulichen Ritual in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) zu jedem Jahresende geworden.

Das SPD-Sozial-Dezernat unter der Führung Herrn Jens-Marcel Ullrichs meldet einen recht hohen „Mehrbedarf“ vor allem im Bereich der sogenannten „unbegleiteten minderjährigen Ausländer“, kurz: UMA, an.

Darunter sind Migranten erfasst, die entweder offensichtlich oder nur nach eigenen Angaben noch minderjährig sind und ohne Begleitung einer volljährigen, erziehungsberechtigten Person nach Deutschland eingereist sind. Nach deutschem Recht sind die Jugendämter nach Benachrichtigung zur Inobhutnahme dieser Minderjährigen verpflichtet.

Da es sich in vielen Fällen um verhaltensauffällige Jugendliche und Heranwachsende handelt, müssen diese in spezielle Einrichtungen außerhalb unserer Stadt untergebracht werden. Ein einzelner Tag der Unterbringung hier kostet im Schnitt 400,00 EUR. Frankfurt muss für diese Kosten aufkommen.

Auch wenn Bund und Land eine Kostenerstattung zugesagt haben, bleiben es deutsche Steuergelder, die woanders fehlen!

Jährlich muss somit der Frankfurter Dezernent Ullrich einen „Mehrbedarf“ anmelden, der zwischen 1,4 und 1,8 Mio. EUR an Mitteln verschlingt. Auch im Dezember 2023 wiederholte sich dieses Trauerspiel abermals. Der peinliche Versuch des Dezernenten und eines Verordneten der Fraktion Grüne/BI Stadtentwicklung, die Kritik daran damit abzubügeln, es müsse letztlich ja nicht Frankfurt zahlen, ist an Ignoranz der Tatsachen nicht zu überbieten. Frei nach dem Habeck'schen Motto: „Ist doch nur Geld“, wird mit Steuergeldern um sich geworfen, als hätten wir es nicht dringend für andere Zwecke nötig.

Was Habeck auf Bundesebene und die unfähige Landesregierung in Brandenburg an den Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung vorbei verschwenden, kann Frankfurt also auch! Die CDU begründet ihre Zustimmung mit dem rechtlichen Gebot. Dass vor allem sie als Partei mitschuldig an der ganzen Misere ist, verschweigt sie natürlich.

Es ist, wie es ist! Während in Deutschland die Gefahr der Alters- und Kinderarmut am größten unter den OECD-Ländern ist, verschleudert das Außenministerium 62 Mrd. EUR für irgendwelche Projekte einer feministischen Außenpolitik. Dabei sind die Milliarden für die Entwick-

lungshilfe und das Verteidigungsministerium (Ukraine ca. 10 Mrd. Kriegshilfe etc.) noch gar nicht mit eingerechnet. Kein Wunder also, wenn das eigene Land vernachlässigt wird, da ja angeblich kein Geld da ist. Aber für Auslandsgeschenke und Asylantenbedürfnisse ist natürlich auch in Frankfurt immer noch genug in der Kasse. Wir haben als einzige Fraktion diesem o. g. Mehrbedarf in der SVV nicht zugestimmt. Irgendeiner muss ja endlich NEIN sagen.



Foto: Wilko Möller

Planung Technisches Rathaus und Planung des neuen Schwimmbades – Die AfD differenziert.

Nun werden gleich zwei Großprojekte in Angriff genommen. Das Schwimmbad und ein neues sog. „Technisches Rathaus“ mit 560 Mitarbeitern sollen geplant werden. In der Sitzung des Hauptausschusses vom 15. Januar 2024 stellte die Verwaltung resp. Oberbürgermeister die Projekte vor und diese wollen nun Planungsgremien einsetzen. Die Beschlüsse der Umsetzung sollen zumindest in einer ersten Fassung im April erfolgen.

Dazu nimmt der Vorsitzende Wilko Möller und der Fraktionsvorsitzende Ingolf Schneider wie folgt Stellung:

Die AfD-Frankfurt (Oder) lehnt den Bau eines neuen „Technischen Rathauses“ aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Wir bestreiten, dass solche großen Büroflächen für 560 Mitarbeitern in der Stadt noch nötig sind. Auch eine kleine Lösung mit 270 Mitarbeiter steht im Raum. Große Unternehmen wandeln Bürofläche in sog. „Home-Office-Arbeitsplätze“ um. Der Arbeitnehmer kann von zuhause bequem arbeiten. Die Unternehmen können so erhebliche Einsparungen wie Betriebs- und Unterhaltskosten für Büros etc. einstreichen. Die größte Frage lautet auch, was mit dem bis-

herigen Gebäude (ehemaliges Krankenhaus) in der Goepelstraße passieren soll? Dieser Bau ist ein altes saniertes Gebäude mit ausreichend viel PKW-Stellfläche und zum Teil großzügigen Büros, die im Sommer keine Klimatisierung benötigen. Dem Bürger sind Kosten von über 40 Mio. Euro nicht zu vermitteln. Die Kosten belaufen sich eher auf über 50

päische Fördergelder abgedeckt werden könnten. Es bleibt dabei, dass die deutsche Seite den Löwenanteil stemmen muss. Europäische Doppelstadt hin oder her, beim Geld bzw. Steuergeld hört der Spaß auf. Der Bau kann nur auf deutscher Seite erfolgen. Auch die Kompromisslösung das Schwimmbad an der Oder zu bauen, ist nicht stichhaltig und aus



Stadthaus (Technisches Rathaus) (Foto: Wilko Möller)

Hochwasserschutzgründen zu risikobehaftet.

Denn das Schwimmbad wird auch mind. 40 Mio. Euro kosten und ein Hochwasserschaden geht in die Millionen (siehe Schürmannbau 1993 in Bonn). Damals hatte einen Rhein-Hochwasser mehr als 70

Mio. An allen Ecken und Kanten verfällt die Infrastruktur, aber ein „Technisches Rathaus“ ist trotzdem möglich. Abgesehen vom Standort in der Mitte der Stadt werden weitere schöne Baugrundstücke an die Verwaltung vergeben. Es müssen Kredite aufgenommen werden. Der Bau eines Schwimmbades ist aber zeitgleich nicht möglich. Beim Schwimmbad werden vier Standorte favorisiert. Den möglichen Standort in Slubice lehnen wir ab. Auch, wenn der Oberbürgermeister behauptet, dass der größte Teil der Baukosten durch euro-

Millionen-Schaden am Schürmannbau verursacht. Die Kelleretage wurde durch das Hochwasser um 70 cm hoch gedrückt. Als weitere Standorte bot die Verwaltung einen Platz am Rand der Stadt Frankfurt (Oder) sowie den Helensee für das Schwimmbad an. Wir favorisieren den Helensee, weil man dort das Schwimmbad ggf. mit dem Helensee verbinden könnte und den Sommerbetrieb des Schwimmbades mit einer kreativen Lösung in das ganze Feriengebiet einbinden könnte.

Wir sind für Gespräche stets offen und werden die Verwaltung zu einer zeitnahen Fraktions-sitzung einladen. Wir sind gegen Schnellschüsse und wollen nicht, dass vor der Kommunalwahl noch Entscheidungen über Millionenbeträge durch die jetzige amtierende Stadtverordnetenversammlung getroffen werden.

Kommentar zur Stadtpolitik eines linken sog. Oberbürgermeisters (OB):

In Bezug auf das Schwimmbad wurde ein Kardinalfehler schon 2019 begangen. Warum hatte der frisch gewählte linke sog. OB das Problem Schwimmbad in Frankfurt (Oder), das schon seit der Wende 1990 ein Problem in der Stadt war, nicht beachtet? Schon 1969 war das Schwimmbad viel zu klein geplant für die damals fast 100.000 Einwohner zählende Stadt. Schlimmer noch, wie konnte man so weltfremd bei den Koalitionsverhandlungen der Landesregierung sich für ein Museum im alten Lichtspieltheater für mehr als 23 Mio. Euro entscheiden? Damals stand das Schwimmbad schon auf der Problemskala ganz oben.

Selbst ein namhafter Journalist, der für das ehemalige SED-Bezirkszentralorgan – heute MOZ, arbeitet, sagte im Vertrauen, das Museum im Lichtspieltheater braucht niemand.

Frankfurt geht besser – so der sog. OB! Nur die Bürger spüren eher das Gegenteil. Es geht steil bergab. 2010 stand Frankfurt (Oder) noch auf dem Platz 311 aller 106 Kreisfreien Städte und 294

Landkreise in Deutschland. Alle drei Jahre erstellt das Handelsblatt einen „Prognos Zukunftsatlas (ZKA)“. Er bewertet die Zukunftschancen und -risiken aller 400 Landkreise und Kreisfreien Städte. Zwar verfügt laut Prognos Frankfurt (Oder) über ein überdurchschnittliches Potenzial für eine positive Stadtentwicklung – Platz 73. Jedoch bei den Investitionen am Standort (Unternehmen vor Ort) liegt Frankfurt auf Platz 392. Unternehmen von außerhalb wollen in Frankfurt (Oder) nicht investieren – Platz 396. Liegt es vielleicht am linken sog. Oberbürgermeister? Ist die Stadtverwaltung unternehmerfeindlich? Frankfurt gehört bundesweit zu den Regionen mit der niedrigsten Wirtschaftskraft.

Wo ist die Kreativität der Verwaltung und des sog. OB's?

Wir haben über den Innenausschuss des Landtages erfahren, dass das Ministerium des Innern des Landes für seine Polizei ein Einsatzzentrum benötigt. Die Spezialkräfte und andere Einheiten müssen ja irgendwo üben. Das favorisierte Gelände im Süden Berlins fiel bei einem Gutachten durch. 450 Mio. Euro sind nicht darstellbar. Das Gelände ist belastet und verfügt über keine Infrastruktur mehr. Das hat unser Landtagsabgeordneter Wilko Möller Frankfurt (Oder) ins Spiel gebracht. Zunächst schauten wir auf das Messegelände. Nach Prüfung war das MIK nicht zufrieden. Auch die Bundespolizei zeigte sich zwar interessiert, aber das Gelände ist zu groß.

Der Dezernent Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt erstellte sogar ein Exposé und das Ministerium prüft immer noch. Zwei weitere Grundstücke konnten gefunden werden, die ideale Bedingungen aufweisen. Die Exposés sollen bald verschickt werden. Nun kommt die Kreativität ins Spiel: Wenn das MIK so viel Geld aufbringen möchte, damit die Polizisten üben können, dann könnte man doch ein Schwimmbad auch noch realisieren. So könnten die Einheiten und Verbände der Polizei auch für Extremsituationen im Wasser das neue Schwimmbad nutzen. Die Stadt und das Land realisieren gemeinsam das Projekt. So könnten an zwei Tagen in der Woche die Polizisten trainieren und den Rest der Woche kann die Stadt mit ihren Schulen und Vereinen das Schwimmbad beanspruchen.

In Finnland ist so etwas möglich. Dort werden Luftschutzbunker auch durch zivile Organisationen genutzt, weil Luftschutzbunker gar nicht anders zu realisieren wären, ohne die Öffentlichkeit mitzunehmen. Die Bunker sind so teuer, dass man Fußballplätze, Eishockey-Anlagen, Kinderfreizeitanlagen und Tiefgaragen in die Bunker baut und für die Öffentlichkeit in Friedenszeiten zugänglich macht. Sonst gäbe es keine Akzeptanz.

Der öffentliche Raum wird staatlich Co-finanziert. Warum dann nicht solche Kombinationen zwischen Polizei und Bürgergesellschaft in Deutschland?

PM des AfD-Stadtverbandes zur angeblichen „Diffamierung des Grundgesetzes“



Im Zuge des Aufmarsches „gegen rechts“ am Sonnabend, dem 27.01. 2024, fanden sich Frankfurter Bürger und einige AfD-Stadtverordnete am Rathaus zu einer eigenen Protestkundgebung ein. Dabei lasen mehrere von ihnen Passagen aus Artikeln des Grundgesetzes, welche sie besonders gefährdet und z. T. schon durch die Politik und weite Teile der Medien als gebrochen ansahen. Seit Wochen wird unter dem Vorwande eines angeblichen „Geheimtreffens rechter Kräfte“ mit der böswilligen Unterstellung, hier sei über „Deportationen von Millionen Menschen“ debattiert worden, gegen die AfD und Andersdenkende gehetzt. Wo selbst der Verfassungsschutz widerspricht, bleibt bei Politik und Medien noch ordentlich Platz zur Aufrechterhaltung der diffamierenden Lüge.

Als Protest dagegen haben Frankfurter Bürger öffentlich das Grundgesetz symbolisch zu Grabe getragen. Dabei wurde das Grundgesetz weder zerrissen, beschmutzt oder gar verbrannt, da diese Bürger und die AfD nichts so sehr schätzen, wie das deutsche Grundgesetz!

Wenn aber die mittlerweile einzige Stimme der Opposition in Deutschland verunglimpft und mundtot gemacht werden soll, sind Widerstand und Protest das Gebot der Stunde!

Dass ein linksaußen agierender Akteur wie Jan Augustyniak regelmäßig sowohl bei MOZ als auch besonders der „Oderwelle“ in Frankfurt als „Experte“ fungiert, zeigt schon die ganze Armseligkeit der Berichterstattung. Wenn dieser Herr auch noch meint, sich nun als „Hüter der Demokratie“ aufzuspielen und die Teilnehmer des Protestes anzeigen will, entlarvt er abermals sein wahres Antlitz: verlogenes Denunziantentum – Haupterbe seiner Linkspartei. Dazu passt die Oderwelle hervorragend. Wer schon in der Corona-Zeit einen bekannten Gastwirt als Regelbrecher denunzieren wollte, dem ist nun jede Schandtat zuzumuten.

Doch scheint all dies den OB René Wilke jetzt völlig zu enthemmen. Auffällig, wie er beim Aufmarsch vor und hinter der ANTIFA-Fahne herlief. Was diese ANTIFA skandiert ist an Menschenver-

achtung und Entmenschlichung Andersdenkender nicht zu überbieten! Aber hierüber schweigen natürlich MOZ, Oderwelle und die selbsterklärten demokratischen Parteien.

Wir als AfD- der einzig verbliebenen Opposition in Deutschland – werden unseren Kampf für Freiheit, Demokratie und Meinungsvielfalt gegen alle Widerstände und Angriffe unerschrocken weiterführen. Das ist ein Versprechen!

Impressum:

Das AfD-Journal
für Frankfurt (Oder)
Wilko Möller (MdL)
Ingolf Schneider (FV)

AfD-Stadtverband
Frankfurt (Oder)
AfD-Fraktion
Frankfurt (Oder)
Müllroser Chaussee 22
15236 Frankfurt (Oder)

Herausgeber:
AfD-Fraktion
Frankfurt (Oder)

Auflage: 30.000 Stück

Verantwortlich im Sinne
des Deutschen Presserechts:
Wilko Möller MdL
und Ingolf Schneider

Tel.: 0152 01725930
E-Mail: wilko.moeller@afd-ffo.de

Spendenkonto:
AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder)
Deutsche Bank AG
IBAN: DE18120700240223933300
BIC: DEUTDEDB 160